

Sozialausschuss hat sich für Maßnahmenpaket ausgesprochen, das vor allem Erkrankte besser unterstützen soll

Stadt erhält viel Lob für Wohnungslosen-Pläne



VON ANICA TISCHLER

Leverkusen - Rund 200 wohnungslose Menschen leben derzeit in acht städtischen Einrichtungen oder in Räumen der Caritas. Doch die Kapazitäten der Unterbringung stoßen schon länger an ihre Grenzen, auch die Betreuungsmöglichkeiten sind nicht ausreichend. Ein neues Maßnahmenpaket im Zuge der „Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe Leverkusen“ soll zur Verbesserung beitragen.

Das Paket mit drei zentralen Punkten hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren in seiner jüngsten Sitzung beschlossen. Es geht dabei im Kern auch darum, die Menschen nicht nur unterzubringen, sondern ihnen auch eine umfangreichere Betreuung zu gewährleisten. Teil des Maßnahmenpakets ist unter anderem ein „Kümmer*innen-Projekt“, um drohendem Wohnungsverlust vorzubeugen und Suchtberatung zu stärken. Großangelegt ist außerdem ein Pilotprojekt an der Manforter Straße zur Betreuung von psychisch kranken und suchtkranken Wohnungslosen, die eine umfassende Betreuung benötigen.

In ihrem Konzept stellt die Verwaltung das Pilotprojekt für die städtische Unterkunft an der Manforter Straße 142 so vor: Dort werden derzeit schon Menschen mit körperlichen Einschränkungen, Menschen mit Pflegebedarf und psychisch erkrankte sowie suchtkranke Menschen untergebracht. Vor allem Wohnungslosigkeit und Abhängigkeit bedingten sich oft gegenseitig, so die Verwaltung in der Vorlage: „Ein großer Teil von Abhängigkeitserkrankten lebt in prekären Wohnverhältnissen. Viele Betroffene sehen sich mit einer fortwährenden Stigmatisierung konfrontiert.“

Mit ihrem Pilotprojekt an der Manforter Straße will die Stadt daher wohnungslose Menschen, die psychiatrisch erkrankt, suchtkrank oder anderweitig erkrankt sind, sich aber nicht in Behandlung begeben haben, besser betreuen und integrieren. „Oftmals führen Kombinationen von Suchtfolgeerkrankungen, sozialer Desintegration, psychischen Problemen oder dissozialem Verhalten dazu, dass betroffene Menschen kaum in Hilfen zu vermitteln sind, oder aber in Unterkünften nicht adäquat versorgt werden können“, so die Vorlage.

Daher soll die Einrichtung an der Manforter Straße mit entsprechendem Personal ausgestattet werden, um etwa 20 Betroffene unterzubringen und auch durch den Medizinischen Dienst der Stadt Leverkusen zu betreuen. Ergänzt wird das durch sozialpsychiatrische Dienste wie die Suchthilfe. Tagesstruktur, Betreuung, Regeln und medizinische Versorgung sollten so dafür sorgen, dass sich der Zustand der Betroffenen nicht verschlechtert und langfristig zu stabileren Verhältnissen führt, um so eine Verbesserung der Wohnsituation überhaupt wieder möglich zu machen.

Um die Maßnahmen zu gewährleisten, müssen die Räume an der Manforter Straße teilweise renoviert werden. Eigene Zimmer mit entsprechendem Mobiliar sollen für den Medizinischen Dienst zur Verfügung stehen. Veranschlagt sind dafür knapp 334 000 Euro. An Personal werde eine Einrichtungsleitung benötigt, drei betreuende Personen, eine Person für die Gebäudebetreuung sowie ein Sicherheitsdienst. Die Mitglieder des Sozialausschusses reagierten durchweg positiv auf das Konzept. So sagte Tim Feister (CDU): „Wir finden es toll, dass die Stadt die Wohnungslosenhilfe auf diese Weise updaten will.“ Das bekräftigte auch Stefan Baake von den Grünen. „Es ist ein großer Wurf, den die Verwaltung da gemacht hat. Damit wird das Problem in der Stadt wirklich angegangen, das ist richtig und gut.“ Auch aus der FDP-Fraktion kam Lob für das Konzept. Es sei dringend notwendig, dass eben für diesen Personenkreis spezielle Angebote vorhanden seien, das sei bisher sträflich vernachlässigt worden.

Details müssten im Einzelnen noch abgeklärt werden, ergab die Diskussion im Ausschuss. Wie beispielsweise, wer Träger der Einrichtung werden soll. Die Stadt wolle dahingehend Gespräche mit der Caritas führen. „Es geht jetzt nicht mehr um das »ob«, sondern nur noch um das »wie«, sagte der Ausschussvorsitzende Oliver Ruß (SPD) auf Anfrage des „Leverkusener Anzeiger“. „Jeder weiß, wie wichtig das ist und dass es dringend notwendig ist, da sind wir uns alle einig, denke ich.“

Die Vorlage soll auch noch im Finanzausschuss diskutiert werden. Ruß ist jedoch zuversichtlich, dass das Maßnahmenpaket auch im Stadtrat gute Chancen hat, der in seiner Sitzung am 19. Februar das letzte Wort darüber hat.